

Die Botschaft Pauls VI. für den Weltfriedenstag 1972 stand unter dem Motto „Willst du den Frieden, so wirke für die Gerechtigkeit!“ (vgl. „Osservatore Romano“, 17. 12. 71). Darin entwickelte der Papst zunächst eine erfahrungsnahe Vorstellung vom Frieden. An die Adresse der *Jugend* gerichtet, suchte er deren mögliches Vorurteil zu zerstreuen, der Friede sei ein das Leben lähmender Zustand. Vielmehr ist er, so betonte er, von der gleichen Art wie das Leben selbst: er kostet Anstrengung und Arbeit; er muß erobert werden, da er „niemals vollständig verwirklicht wird“. Friede ist aber auch nicht mit Gewalt identisch. Diese Warnung richtet der Papst an „alle, die Verantwortung tragen“ und verpflichtet sind, zwischen den Mitgliedern bestimmter Gruppen, z. B. der Familie, des Betriebs, der sozialen Schicht, einer Stadt oder des Staates geordnete Beziehungen herzustellen. Hierbei seien sie der Versuchung ausgesetzt, solche Beziehungen mit Gewalt herzustellen, die dann nur den Anschein von Frieden tragen. Damit aber würde das menschliche Zusammenleben zur Qual, zur Ursache von Korruption und zur lebendigen Lüge. Keine Gewalttätigkeit sollte es daher wagen, sich selbst als Frieden zu deklarieren. Was Friede ist, erkenne man am besten an seinem Ursprung, nämlich der *Gerechtigkeit*, die sich in Rechten und Pflichten, in Gesetzen und Verträgen ausdrücke. Das heute besonders ausgeprägt entwickelte Bewußtsein für Gerechtigkeit bringe es mit sich, daß jeder Mensch weiß, daß er unverletzlich und anderen gleichwertig ist. Dieses Phänomen werde nicht mehr nur auf den Einzelnen, sondern auf Gemeinschaften und die ganze Welt bezogen. Eine solche Gerechtigkeit fordert, so spielt der Papst auf die sozialistischen Länder an, auch die Freiheit der Religionsausübung in einer berechtigten und menschlichen Ausdrucksform. Keine „Autorität“ oder „Ideologie“ könne sich das Recht anmaßen, sie zu unterdrücken. Eine solche Gerechtigkeit fordere aber auch, daß jedes Land in freier Zusammenarbeit mit anderen und ohne politischen Druck seine eigene Entwicklung fördern dürfe. Dieses Mühen um Gerechtigkeit fordere aber auch den Verzicht auf eigenes Prestige und auf persönliche Interessen. Denn groß sind die Schwierigkeiten bei der praktischen Verwirklichung der Gerechtigkeit. Abschließend sprach der Papst sein Vertrauen aus, daß die Ideale der Gerechtigkeit und des Friedens von sich aus im Menschen die moralischen Kräfte zu ihrer Verwirklichung wachrufen werden.

Zwei Zusammenkünfte Ende vergangenen Jahres weisen auf die Gefahr der Zersplitterung zweier extremer Gruppierungen im französischen Katholizismus hin: 1. das erste Europatreffen der sog. „Schweigenden in der Kirche“ mit Vertretern aus Deutschland, Holland und England (vom 6./7. 11. 71) und ein Arbeitstreffen linksorientierter Laien- und Priestergruppen in Frankreich in Rouen (20./21. 11. 71). Die „Schweigenden“ hatten sich bereits im November 1970 in Versailles (vgl. HK, 24, 588) und im April 1971 in Bordeaux auf zwei nationalen Treffen als Sammelbewegung für alle jene vorgestellt, die entschlossen sind, den Glauben, die Kirche, den Papst und Bischöfe vor der heutigen „destruktiven Kontestation“ zu schützen. 3000 Teilnehmer waren zu diesem Treffen nach Straßburg gekommen (vgl. „Le Monde“, 9. 11. 71). Nach eigenen Angaben zählt die Bewegung in Europa rund 350 000 Mitglieder in den verschiedenen nationalen Gruppierungen traditionalistischer Prägung. Unter dem Thema „Treue und Offenheit nach dem Konzil“ suchten sie vor allem auch ihre eigene Einheit zu wahren. Wie P. Debray, Gründer und jetziger Vorsitzender der Bewegung, in seiner Ansprache zu verstehen gab, besteht die große Gefahr, daß es zwischen einem extrem reaktionären Flügel, der das Konzil überhaupt ablehne, und einer konservativen Richtung, der nur Tempo und Ausmaß der Reformen zu groß sind, zu einer Spaltung komme. *Konfliktstoffe* sind nach wie vor die liturgische Erneuerung, die Frage der Katechese und in jüngster Zeit die Versuche

des Bischofs von Arras mit einem neuen Modell der Taufpastoral (vgl. ds. Heft, 14—16). Für November 1972 ist ein internationales Treffen in Rom geplant. — Gewisse zentrifugale Erscheinungen wurden auch auf dem Treffen in Rouen sichtbar, wo rund 600 Vertreter verschiedenster linker Gruppierungen über das Thema „Christen im Klassenkampf“ diskutierten (vgl. „Le Monde“, 24. 11. 71). Einig war man sich nur darin, daß dieser sowohl in der Gesellschaft wie auch in der Kirche geführt werden müsse, und zwar auf den Ebenen der Macht, der Kultur, des Eigentums sowie im Bereich der Arbeit, der Schule, der Familie usw. Drei Richtungen zeichneten sich ab. — Die erste vertritt eine Theologie der Revolution. So ist z. B. für den Marxismusspezialisten G. Girardi der Klassenkampf vom Klassenhaß zu unterscheiden; der erstere sei eine Forderung der Liebe, insofern diese den Kampf gegen die beherrschenden und unterdrückenden Klassen verlange. Daher gehöre das Klassenbewußtsein auch zu einem neuen christlichen Bewußtsein. Diese Theologie der Revolution stieß jedoch auf den Widerstand jener, welche die Transzendenz und eine absolut geltende Wahrheit leugnen. Für sie machte der Glaube an Christus jede Theologie überflüssig, die sich unter dem Einfluß von Ideologien nur in Dogmen und ewigen Wahrheiten verfestige. Christus müsse immer wieder neu gefunden werden. Die dritte Richtung klammerte zunächst einmal ihren Glauben aus bzw. ein, um sich dem konkreten politischen Engagement zu widmen. In ihm sucht sie die Sinnhaftigkeit ihrer Christusbeziehung herauszufinden.

Das Ergebnis einer Priesterbefragung in Kanada wurde der Nationalen Föderation der Priesterräte Kanadas Anfang Dezember überreicht. Die Umfrage war beschränkt auf die englischsprachige Sektion der Priester. Der 77seitige Report wurde von P. Stryckman und P. R. Gaudet SJ vom „Research Center for Religious Sociology“ der Laval-Universität in Quebec erstellt. Insgesamt waren 1643 Fragebogen verschickt worden. 558 Diözesanpriester (= 61%) und 389 Ordenspriester (= 54%) füllten die Fragebogen aus und sandten sie zur Auswertung zurück (vgl. NCNS, 3. 12. 71). Vor zwei Jahren hatte die Nationale Föderation die Studie in Auftrag gegeben. Das auffälligste Ergebnis bestand in der Diskrepanz zwischen der augenblicklichen Hauptbeanspruchung und den geäußerten Wünschen für andere Aktivitäten. 72% der Diözesanpriester und 33% der Ordenspriester arbeiteten in Pfarrgemeinden. 55% aus beiden Gruppen sind mit ihrer Tätigkeit zufrieden, und nur 4 bzw. 6% brachten Unzufriedenheit zum Ausdruck. Insgesamt 65% aller Antworten enthielten den Hinweis, daß zuviel Zeit für die Verwaltung und Leitung von Gebäuden und Personal benötigt werde, 42% beklagten den Zeitverlust durch die Beschaffung von Mitteln. Nur 14% haben genügend Zeit für die Vorbereitung und Durchführung von Predigten, nur 8% könnten sich in der Hauptsache um die Bildung von Gemeinschaft unter Laien, nur 3% um den Kampf gegen die Armut kümmern. Auf die Frage nach Aktivitäten, denen sie statt ihrer bisherigen Hauptbeschäftigung den Vorzug geben würden, antworteten 88%, sie wünschten sich mehr Zeit für die Predigten, 86% wollten sich mehr um Laiengemeinschaften kümmern, 64% würden sich der Armutsbekämpfung widmen, während nur 4% mehr Zeit für die Verwaltung und nur 3% mehr Gelegenheit für die Beschaffung von Mitteln beanspruchten. Zwar nannten 73% der Diözesanpriester die Zelebration als ihre erste Aktivität, aber nur 2% konnten sich als „Männer des Gebets“ bezeichnen, obwohl 87% glauben, daß dies unbedingt sein müßte. 17% bemühen sich um eine „sinnvolle“ Liturgiereform, 85% halten dies für nötig. Nur 3% beschäftigten sich intensiv mit Theologie- und Schriftstudium, 82% geben zu, sie müßten es eigentlich auch tun. Nur 1% ist wirklich mit der Heranbildung von Laienführungskräften beschäftigt, aber 81% sind der Meinung, auch sie sollten es tun. Bezüglich des Zölibates spre-

chen sich 53 % für eine Änderung der bestehenden Regelung und für die Erlaubnis der Heirat von Priestern bei Beibehaltung ihres Amtes aus. 83 % sind für die *Weibe verheirateter Männer*. Fast die Hälfte aller Befragten sprach sich für die Abschaffung der Meßstipendien aus.

Die Konferenz der Kirchen Afrikas begrüßte den Schritt der Weißen Väter in Mozambique, sich angesichts des Verhaltens der portugiesischen Behörden aus diesem Land zurückzuziehen. Der Generalsekretär, Rév. Carr, sprach auf der Sitzung des Exekutivkomitees in Kinshasa von einem „prophetischen Akt unserer katholischen Brüder“. Mit diesem spektakulären Akt sei im übrigen deutlich geworden, was die Missionare in den kommenden Jahren im „weißen Afrika“ noch für Probleme zu lösen hätten. Er schlug dem Exekutivkomitee vor, den Entschluß der Weißen Väter zu begrüßen und sich ihre Aktion zum Vorbild zu nehmen. Alle Mitgliedskirchen sollen mit ihren Missionsgesellschaften, die im südlichen Afrika arbeiten, ihr Engagement überprüfen und im Lichte der Zielsetzung dieser Aktion ändern. Bei der Behandlung des Themas „Rassismus“ stützte man sich während der Diskussionen fast ausschließlich auf dieses Vorbild. Mittlerweile wurde auch ein weiteres Dokument zum gleichen Fragenkomplex aus Mozambique selbst bekannt. Es handelt sich um die *Erklärung des Priesterrates* von Beira, die bereits vom 13. August 1971 datiert ist. Sie wurde verfaßt unter Mitwirkung des Bischofs von Nampula, M. V. Pinta, der z. Z. Administrator der Diözese Beira ist. In Mozambique selbst durfte das Dokument bisher nicht veröffentlicht werden. Die in dem dreiteiligen Text (1. Die Diözese, 2. Die Missionen ohne Missionare, 3. Die nächste Bischofssynode und das Dokument „Gerechtigkeit in der Welt“) enthaltenen Aussagen machen deutlich, daß die Entscheidung der Weißen Väter erheblich zu einer Überprüfung der eigenen Haltung aller dort gebliebenen Missionare und eines Teils der Christen geführt hat. Das Selbstbewußtsein und der Mut zu offener Äußerung scheinen gestiegen zu sein. Der Priesterrat bedauert u. a., „daß viele unserer Traditions Katholiken, die leider dem Wirken des Geistes verschlossen sind, die Ereignisse dazu benutzt haben, um Zwietracht zu säen und die Missionare, vor allem die Nicht-Portugiesen, anzuschwärzen. Sie haben die Gelegenheit dazu benutzt, absichtlich die Liebe zum Evangelium zu verwechseln mit politischen Einstellungen und willkürlich die Missionare anzuklagen als Agenten des Umsturzes.“ Sie bekennen sich dazu, die „Völker aller Farben zu einem einzigen Volk Gottes zu vereinen“, sie wollen nichts unversucht lassen, „jetzt wirklich in aller Aufrichtigkeit die Mauern des Egoismus, der Ungerechtigkeit, der Angst und der Gewalt niederzureißen“ und „mutig alle Formen der Ausbeutung, des Mißbrauchs der Gewalt und jeder rassistischen Haltung auszuschalten“. Die Haltung der Christen nach dem Rückzug der Weißen Väter sei erfreulich. Jetzt müsse der Prozeß der Prüfung beginnen. Die Zweideutigkeiten im Verhältnis Staat—Kirche müssen beseitigt werden. Von den Bischöfen erwartet man eine klare Distanzierung von Praktiken der Regierung. Schließlich hätten sie viel zu der augenblicklichen Misere beigetragen.

Die Lage im Südsudan scheint sich zu normalisieren. Hatte sich bereits nach den Juli-Ereignissen des vergangenen Jahres (vgl. HK, Oktober 1971, 468) die Hoffnung auf eine Verbesserung des Verhältnisses zur katholischen Kirche gezeigt, so scheint sich jetzt sogar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und Khartum abzuzeichnen. Nach einem Empfang bei Papst Paul VI. am 18. November erklärte der sudanesischen Außenminister M. Khaled, sein Land sei zur Kooperation mit der Kirche und zur Wiederaufnahme aller in die Nachbarländer des Sudan geflohenen Bürger bereit. „Der Sudan ist bereit, dem Süden des Landes die Autonomie zu gewähren“ (vgl. „La Croix“, 21. 12. 71). Auf der römischen Bischofssynode waren die Exil-Sudanesischen noch mit einem umfangreichen Papier aufgetreten. Darin forderten sie die Bischöfe auf, „unser schweres Anliegen zu berücksichtigen, wenn sie besprechen, was die Kirche tun kann, um ihre Sendung von Frieden und Gerechtigkeit in der Welt zu erfüllen. Mit unseren Brüdern im priesterlichen Amt, die noch im Sudan sind, konnten wir uns nicht beraten,

aber wir sind überzeugt, daß wir sie in ihren Erwartungen enttäuschen würden, wenn wir in unserer günstigen Lage relativer Freiheit diese Pflicht der Kirche und unserem Volk gegenüber versäumen würden“ (vgl. DIA, 19. 10. 71). Ihrer Meinung nach werde aus Furcht vor Schaden für die Kirche im Norden des Landes die Wahrheit über die wirkliche Lage im Süden verschwiegen. Sie fügten dem den Vorwurf hinzu, der Südsudan sei zu „einem bloßen Objekt der inhaltenden und geschäftsmäßigen Diplomatie“ geworden. Der apostolische Vikar von Khartum, A. Baroni, nahm am 20. Oktober auf der Synode aus seiner Sicht Stellung. Er betonte, die Sudanfrage sei nicht religiöser Natur, da in beiden Parteien gleichermaßen Muselmanen und Christen zu finden seien. Nach der Aufzählung der Etappen des Konfliktes in den letzten Jahren kam er zu dem Schluß: „Seit 1967 ist seitens der republikanischen Autoritäten eine Änderung ihres Verhaltens der Kirche gegenüber zu verzeichnen, und seit 1969 haben sich die Verhältnisse derart verbessert, daß einige sudanesischen Priester in ihr Land zurückkehren konnten und die Seminarien wieder eröffnet wurden“ (vgl. „Fides“, 30. 10. 71). Mit dieser Erklärung wurden wahrscheinlich die Wege für die spätere Unterredung des sudanesischen Außenministers mit dem Papst geebnet. Aber auch der südsudanesischen Prälat P. Deng und der Generalvikar der Combonianermissionare, P. Sina, wußten in Rom von Verbesserungen für die Kirche zu berichten. Nach Aussagen des Außenministers konnten mittlerweile bereits wieder 20 christliche Kultstätten im Süden eröffnet werden. Drei Missionare sollen bald folgen. Auch mit dem Weltrat der Kirchen sind bereits Kontakte aufgenommen worden. Zur gleichen Zeit, als der Papst den Außenminister empfing, wurde bekannt, daß die Regierung in Khartum erstmals seit 1964 wieder die Einreise von Missionaren gestattete. Allerdings durften es weder Europäer noch Amerikaner sein. Es handelt sich um fünf indische Jesuiten.

Die Begegnung zwischen Fidel Castro und Kardinal Raul Silva Henriquez, die im Rahmen des 24tägigen Staatsbesuches des kubanischen Staatschefs in Chile am 23. 11. 71 stattfand, erregte ein gewisses Interesse innerhalb der internationalen Presse. In Chile selbst bildete sie den Anlaß für heftige Angriffe gegen den Kardinal in rechtsorientierten Zeitungen, wogegen „El Siglo“, die Zeitung der kommunistischen Partei Chiles, für seine Verteidigung eintrat. Kardinal Silva hatte Fidel Castro zu einem halbstündigen Gespräch empfangen und ihm zum Abschluß des Gesprächs eine Bibel überreicht. Castro äußerte gegenüber Journalisten, er habe in diesem Buch schon seit frühester Kindheit gelesen (Noticias Aliadas, 1. 12. 71). Hauptthema des Gesprächs waren die mögliche Annäherung von Kommunismus und Christentum auf der Basis ihrer geistigen Grundlagen und die Diskussion über mögliche Übereinstimmungen in den jeweiligen Zielvorstellungen (Befreiung von Menschen, das Allgemeinwohl aller Menschen etc.). Castro bezog sich auch auf die von den chilenischen Bischöfen kürzlich publizierte Stellungnahme zum Verhältnis von Christentum und Marxismus (vgl. HK, Dezember 1971, 577). Seiner Ansicht nach könnten Christen und Marxisten für die Befreiung der Völker zusammenarbeiten. Castro würdigte die Offenheit und die fortschrittliche Einstellung der chilenischen Kirche, die sich stark von der Kirche in Kuba unterscheidet, die sich jeder politischen Veränderung widersetzt habe. Die kubanische Kirche habe sich stets als eine Kirche der Reichen verstanden, die vergessen habe, daß die Urkirche eine Kirche der Armen gewesen sei und daß auch die christliche Doktrin nicht des revolutionären Charakters entbehre. Das erklärte Castro ergänzend in einem Interview mit Noticias Aliadas. — Castros Staatsbesuch in Chile hatte einen doppelten politischen Hintergrund. Für Castro bedeutete er das Ende der wirtschaftlichen Isolierung Kubas in Lateinamerika und einen eindeutigen politischen Erfolg durch die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peru und Ecuador. Für Chiles Staatspräsident Allende sollte der lange angekündigte Besuch des „großen Revolutionärs“ eine Stärkung seiner innenpolitischen Position gegenüber den revolutionären Extremisten bringen.